iv positionen
DAS MAGAZIN DER INDUSTRIE
Juli/August 2021

DIE ZUKUNFTS-FRAGE

Warum eine moderne und ausreichende Kinderbetreuung für unser Land so entscheidend ist und wo Österreich Aufholbedarf hat.

Österreichische Post AG,
MZ 03Z034897 M
Vereinigung der österreichischen Industrie,
Schwarzenbergplatz 4, 1030 Wien

CYBERSECURITY
Sicherheitsnetz für die Digitalisierung *Seite 5*

EAG
Schritt in Richtung klimaneutrale Strom-Zukunft *Seite 8*

WIEN
Vorstandssitzung der IV-Wien mit BM Martin Kocher *Seite 10*

Deutschlands Politik bestimmt auch die europäische

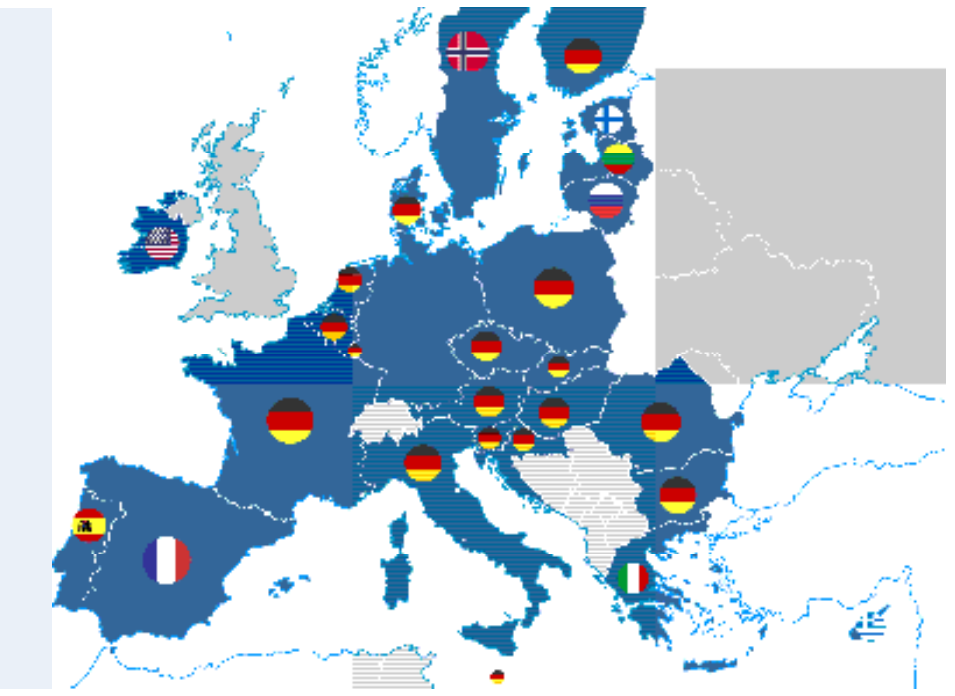
Warum die deutsche Bundestagswahl für den gesamten Kontinent ein wichtiger Termin ist, zeigen nicht zuletzt die Handelsdaten.

Am 26. September wählen die Deutschen ihren neuen Bundestag. Volatile Umfragen machen Prognosen über den Ausgang zwei Monate vor dem Urnengang ebenso schwierig wie eine seriöse Vorhersage, welche Parteien der nächsten Bundesregierung angehören werden. Dabei steht nicht nur viel für unseren nördlichen Nachbarn auf dem Spiel, das Wahlergebnis hat auch massive Auswirkungen auf die politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen in ganz Europa.

Wenig überraschend ist Deutschland für Österreich der mit Abstand wichtigste Handelspartner: Rund 30 Prozent aller rot-weiß-roten Exporte haben die Bundesrepublik als Ziel. Zum Vergleich: In die USA als zweitwichtigste Exportdestination gelangen mehr als 6 Prozent aller heimischen Ausfuhren. Umgekehrt darf nicht übersehen werden, wie relevant Österreich als Absatzmarkt für Deutschland ist. 35 Prozent aller Importe stammen aus „Germany", wodurch die Alpenrepublik achtwichtigster Handelspartner für Deutschland ist.

Österreich profitiert von deutschen Exporterfolgen

Diese Zahlen berücksichtigen allerdings nicht die indirekte Bedeutung des ehemaligen „Exportweltmeisters", der mittlerweile von China überholt wurde. Direkt führt Österreich lediglich rund ein Drittel seiner Exportgüter in Länder außerhalb der EU.



Deutschland ist in der EU ein begehrter Handelspartner. Im Jahr 2020 war es für 17 EU-Länder das Hauptzielland ihrer Warenexporte. (Die Nationalfahne steht für das wichtigste Exportland.)

Waren und Dienstleistungen aus Österreich gelangen aber auch via Deutschland in internationale Wachstumsmärkte, dessen Top-3-Exportdestinationen die USA, China und Frankreich sind. Zahlreiche heimische Zulieferer oder Anlagenbauer profitieren von deutschen Exporterfolgen in aller Welt.

Laut statistischem Bundesamt ist Deutschland in der EU insgesamt ein begehrter Handelspartner. Im Jahr 2020 war es für 17 EU-Länder das Hauptzielland ihrer Warenexporte. Schwarz-Rot-Gold ist damit nicht nur unmittelbar für Österreich überproportional bedeutend, sondern auch die größte Volkswirtschaft der Europäischen Union und Europas. Für die weitere Entwicklung der EU steht dann 2022 der nächste entscheidende Wahltermin auf der politischen Agenda, wenn Frankreich seinen Präsidenten wählt. Doch auch außerhalb Europas hat Deutschlands Stimme Gewicht. Vom weltweiten Klimaschutz über internationalen Steuerwettbewerb bis fairen Handel: Durch seine Mitgliedschaft bei den G7 und G20 spielt es eine maßgebliche Rolle bei den großen globalen Themen unserer Zeit.

Investitionsschub für Europa möglich

Die zentralen wirtschaftspolitischen Herausforderungen in Deutschland für die nächste Legislaturperiode liegen jedenfalls auf dem Tisch: Teile der Infrastruktur gelten als veraltet und müssen modernisiert werden. Hier gibt es Potenzial für einen Investitionsschub, von dem ganz Europa und damit auch österreichische Betriebe profitieren könnten. Weitgehend ungelöst ist die Frage der konkreten Umsetzung der Transformation in Richtung Klimaneutralität. Bis spätestens 2038 soll der Ausstieg aus Kohlekraft geschafft sein, Ende 2022 sollen die letzten Atomkraftwerke vom Netz. Ebenfalls offen ist die Positionierung Deutschlands gegenüber seinen wichtigsten Handelspartnern China und den USA, zwischen denen das Konfliktpotenzial zunimmt. Auch das Verhältnis zu Russland bleibt herausfordernd.

Aus Sicht der österreichischen Industrie bleibt zu hoffen, dass nach der Wahl die richtigen Akzente gesetzt werden, damit einerseits Europas Wettbewerbsfähigkeit insgesamt gestärkt und gleichzeitig die Rolle der EU im Wettbewerb zu den USA und China gefestigt werden kann.

GASTKOMMENTAR

Die Nach-Pandemie ist keine Nachkriegszeit

Zivilisationskritiker und Armutsprediger. Staatliche Zwangsmaßnahmen für Klima und Gerechtigkeit? Die Krise hat unternehmerisches Handeln stimuliert.

Ob das schon ein Rückblick auf die Pandemie ist oder womöglich nur eine mit allen Unsicherheiten behaftete Zwischenbilanz, wissen wir nicht. Für beides gibt es triftige Anzeichen. Niemand kann sagen, was uns im Herbst bevorsteht. Einige Folgen der Seuche lassen sich aber jedenfalls schon erkennen.

Am auffallendsten ist ein Widerspruch: Während die meisten Menschen nur ihr normales Leben wieder aufnehmen wollen, reden Philosophen, Soziologen, Naturwissenschaftler, Verhaltensforscher, Bischöfe und natürlich alle möglichen interessierten NGOs davon, dass „Corona eine neue Gesellschaft entstehen" lassen werde; es müsse „zu einem Umdenken in Wirtschaftsfragen, aber auch jeweils im eigenen Lebensstil kommen". Aber alles, was diesen Luxus-Zivilisationskritikern und Armutspredigern bisher an neuem Lebensstil eingefallen ist, sind ein paar Flugreisen im Jahr weniger und kein SUV-Auto mehr zu kaufen. Nichts also, was einen Durchschnittsbürger betrifft.

Der Lächerlichkeit preisgegeben haben sich wieder einmal die sogenannten Zukunftsforscher. Über die schöne neue Zeit nach der Krise schrieb einer: „Sogar die Vermögensverluste durch den Börseneinbruch werden nicht so schmerzen, wie es sich am Anfang anfühlte. In der neuen Welt spielt Vermögen plötzlich nicht mehr die entscheidende Rolle. Wichtiger sind gute Nachbarn und ein blühender Gemüsegarten." Hier schlägt die Romantik in Zynismus um.

> *„Während die einen von der ‚neuen Gesellschaft' träumen, arbeiten andere schon an der Verbesserung der bestehenden."*

Ernst wird es freilich, wenn die Pandemie zum Vorwand für den „Umbau des Wirtschaftssystems" genommen werden soll. Worin dieser Umbau bestehen soll, wird nicht so klar gesagt, aber es läuft darauf hinaus, den Staat zur Zentralagentur der Wirtschaftslenkung zu machen. Auf die Erfahrung der Krise antwortet ein starker Staat, der seine Mittel für Ziele und politische Wünsche einsetzt, über die keine demokratischen Entscheidungen stattgefunden haben. So werden Eingriffe ins Eigentum wie Mietendeckel und Enteignungen von Immobilien geplant und staatlich festgelegte Preise für Lebensmittel propagiert. Die Nach-Pandemie ist aber keine Nachkriegszeit.

Die Pandemie habe gezeigt, „wozu der Staat fähig ist", formuliert ein Autor der „Presse" absichtlich doppeldeutig. Noch vor dem ersten Lockdown sagte der damalige Gesundheitsminister: Wenn man zur Bekämpfung der Seuche Zwangsmaßnahmen anwenden konnte, warum dann nicht auch für die Lösung noch größerer „Menschheitsprobleme"? Für die „Rettung des Klimas" natürlich oder für die Herstellung mondialer Gerechtigkeit und für vieles andere, das jemandem erstrebenswert erscheinen mag. Da sich das Klima aber nicht so schnell retten lässt und die vermeintliche Gerechtigkeit auch einige Zeit brauchen wird, wäre das der permanente Ausnahmezustand.

Aber während die einen von der „neuen Gesellschaft" träumen, arbeiten andere schon an der Verbesserung der bestehenden: Viele Unternehmen haben die Krise dazu benützt, ihre innere Organisation zu verbessern, Abläufe zu rationalisieren, neue Produkte zu entwickeln und die Digitalisierung voranzutreiben. Ein bescheidenes Beispiel dafür sind die vielen neuen Formen der Gastronomie, die aus dem Boden schießen. Kaum ein Manager eines größeren Unternehmens, der nicht darauf vorbereitet ist, jetzt „durchzustarten". Man muss gar nicht auf das vielfache Versagen staatlicher Bürokratien bei der Digitalisierung des Gesundheitswesens verweisen, um die Überlegenheit unternehmerischen Wirtschaftens zu erkennen.

Hans Winkler, Journalist und langjähriger Leiter der Wien-Redaktion der „Kleinen Zeitung"

Fotos: AdobeStock, Winkler; Grafik: Statistisches Bundesamt

Die Gastkommentare in den iv-positionen stellen die Meinung der Autorin bzw. des Autors dar und spiegeln nicht grundsätzlich die Position der Industriellenvereinigung wider.

Meilensteine statt Mühlsteine

Die Infrastrukturentwicklung in Österreich zu verzögern oder gar zu stoppen, ist der falsche Weg für Wachstum, Arbeit und (!) Klimaschutz. Es geht auch anders und klüger.

Der Aufschwung läuft und hat weite Teile der Volkswirtschaft erfasst. Wie stark und nachhaltig er ausfällt, hängt naturgemäß maßgeblich auch von den politischen Rahmenbedingungen für die Unternehmen ab. Kluge Politik setzt in diesem Sinn echte Meilensteine, statt den Unternehmen Mühlsteine umzuhängen.

Ein solcher Mühlstein für Unternehmen, Standort und ganz Österreich ist die zusätzliche „Evaluierung", ein de facto Umsetzungsstopp, wichtiger bereits vereinbarter und – oft jahrzehntelang – geprüfter Infrastrukturvorhaben. Eine leistungsfähige, moderne Infrastruktur ist Voraussetzung für Wertschöpfung, Arbeitsplätze und Lebensqualität. Dass es nach jahrelangen gerichtlichen Verfahren nun durch eine politische Entscheidung zu neuerlichen Verzögerungen kommt, ist weder nachvollziehbar noch akzeptabel. Generell gilt: Wichtige Infrastrukturprojekte dürfen nicht auf populistische Weise gegen den Umweltgedanken ausgespielt werden. Nicht Verhinderung, Verzögerung und Verzicht lösen die Probleme unserer Zeit, sondern neue Technologien, Innovationen und internationale Wettbewerbsfähigkeit. Österreich gerät ohne seine Standort-Lebensadern in eine wirtschaftliche Sackgasse. Auch in Zukunft wird es individuelle Mobilität wie auch Warenverkehr geben – natürlich klimaschonend und effizient, sichergestellt durch neue Technologien und Innovationen. Dazu braucht es aber auch ausgebaute Verkehrswege. Intelligente Umweltpolitik weiß: Infrastruktur und Klimaschutz sind keine Gegensätze.

Ganz im Gegensatz dazu stehen das Erneuerbaren-Ausbau-Gesetz (EAG) und das Ende des Kumulationsprinzips – beides Projekte, welche die IV aktiv mitgestaltet hat:

- Das EAG schafft Planungssicherheit nicht nur für die Errichter und Betreiber von Ökostromanlagen, sondern auch für die Industrie, die ihre Prozesse von fossilen Energieträgern auf erneuerbaren Strom umzustellen hat. Erfreulich ist, dass auf Betreiben der IV neben einer deutlichen Ausweitung der Fördermittel auch die Kostenseite politisch berücksichtigt wurde, indem die Belastungen für private und betriebliche Energiekunden auf eine Milliarde Euro pro Jahr bestmöglich begrenzt wurden. Ganz im Sinne der Kostenbegrenzung für die Industrie ist auch die von der IV geforderte Aufrechterhaltung des Aufbringungsmechanismus.
- Ein wichtiger aktueller Erfolg für Österreichs Unternehmen ist die Abschaffung des Kumulationsprinzips im Rahmen der Novellierung des Lohn- und Sozialdumping-Bekämpfungsgesetzes, des Arbeitskräfteüberlassungsgesetzes und des Arbeitsvertragsrechts-Anpassungsgesetzes. Das Abgehen vom bisherigen Modell der Bestrafung pro Arbeitnehmerin bzw. Arbeitnehmer, für das sich die Industriellenvereinigung intensiv eingesetzt hat, bedeutet ein Aus für praxisfremde, unternehmensfeindliche und existenzbedrohende Mehrfachstrafen.

In diesem Sinn ist klar: Für Aufschwung, Wertschöpfung und Arbeit in Österreich müssen die richtigen Entscheidungen fallen. Entscheidungen, die Ausgewogenheit und das Sowohl-als-Auch in den Mittelpunkt stellen. Ideologie und Rohrstaberl-Politik sollten da keinen Platz haben.

Ihr

Christoph Neumayer,
IV-Generalsekretär

IV-MEINUNG

Die Redaktion weist darauf hin, dass Redaktionsschluss der vorliegenden Ausgabe der iv-positionen der 14. Juli war. Aktuelle Informationen über spätere Entwicklungen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie finden Sie unter **www.iv.at.**

„Ein kluger Wettbewerb der Ideen und Technologien fördert Innovationen und Alternativen. Den Verbrennungsmotor einfach zu verbieten, anstatt an seinen möglichen Stärken für alternative Lösungen zu arbeiten, dient weder dem Klima noch dem Standort."

Christian Knill
CEO der Knill Energy Holding

„Kompetenzen wieder aufzubauen, die wir vor Jahren verloren haben, bringt nichts. Wir müssen stärken, worin wir jetzt gut sind."

Sabine Herlitschka
IV-Vizepräsidentin und
Infineon Technologies Austria-CEO

„Die Veränderungen für eine nachhaltige Kreislaufwirtschaft müssen sozial verträglich sein. Und man muss den Bürgerinnen und Bürgern ehrlich sagen: Klimaschutz kostet Geld. Die Bereitschaft, für den Klimaschutz zu zahlen, ist vorhanden."

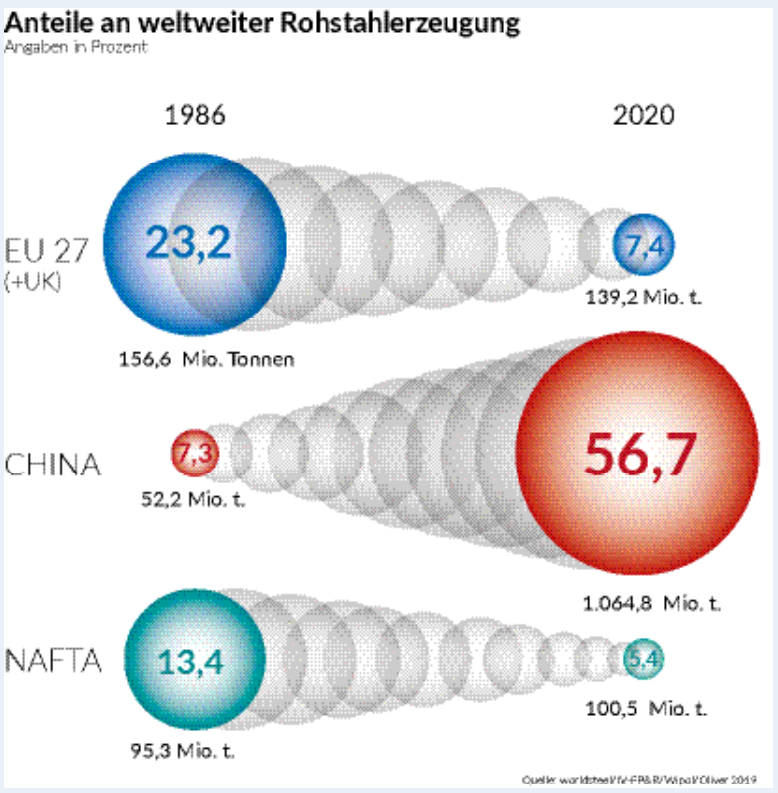
Rainer Seele
OMV-CEO

AKTUELLES IN KURZE

GRAFIK DES MONATS

Wirksame Klimapolitik muss auch außerhalb Europas stattfinden. Die Grafik veranschaulicht, warum: 1986 produzierten die Länder der heutigen EU27 mit dem Vereinigten Königreich rund ein Viertel des weltweiten Rohstahls, Chinas Anteil belief sich auf 7 Prozent. 35 Jahre später ist der europäische Anteil auf unter 8 Prozent gesunken. Mehr als die Hälfte des Rohstahls wird heute in China erzeugt.

Dabei werden CO_2-intensive Produkte – wie Zement, Stahl oder Papier – kaum wo klimaschonender produziert als in Österreich. So hat die heimische Stahlindustrie ihre prozessbedingten Emissionen stetig gesenkt. Dadurch ist es beispielsweise gelungen, die Stahlproduktion von den Treibhausgasemissionen zu entkoppeln. Pro Tonne produziertem Rohstahl wurden die Emissionen seit 1990 um mehr als 20 Prozent gesenkt. Mit ihrer Innovationskraft ist die Industrie somit kein Bremser beim Klimaschutz, sondern internationaler Vorreiter. Klima und Volkswirtschaft können auf diese Leistungen nicht verzichten.



ZAHL DES MONATS

15

Die Industrie ist der Motor für nachhaltiges Wachstum und Jobs – auch in herausfordernden Zeiten. In den vergangenen zehn Jahren konnte die Industrie die Zahl der Arbeitsplätze erheblich ausweiten: Trotz COVID-Rezession liegt die Industriebeschäftigung in Österreich heute um 15 Prozent über dem Niveau des Jahres 2010.

Fotos: AdobeStock, IV/Michalski

LSD-BG: Mehrfachstrafen sollen der Vergangenheit angehören

Mit der Novelle zum Lohn- und Sozialdumpinggesetz wird das System fairer gestaltet. Die Industrie hat sich erfolgreich für ein Weniger an Bürokratie und die Abschaffung des bisherigen Kumulationsprinzips eingesetzt.

Im Juli hat der Nationalrat die Novellierung des Lohn- und Sozialdumping-Bekämpfungsgesetzes (LSD-BG), des Arbeitskräfteüberlassungsgesetzes (AÜG) und des Arbeitsvertragsrechts-Anpassungsgesetzes (AVRAG) beschlossen. Eine EU-Richtline zum Entsenderecht sowie Urteile des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) zum nationalen LSD-BG Sanktionsregime hatten diese Änderungen notwendig gemacht.

Ausweitung der Ausnahmebestimmung für konzerninterne Entsendungen

Damit die neuen Regeln in Österreich wieder EU-konform sind, wird das bisherige Kumulationsprinzip abgeschafft. Das heißt, Unternehmen werden künftig nicht mehr wie bisher pro Arbeitnehmerin bzw. Arbeitnehmer bestraft. Die Industriellenvereinigung hatte sich für das Aus für unternehmensfeindliche und existenzbedrohende Mehrfachstrafen im LSD-BG eingesetzt.

Zudem gibt es im Gesetzespaket weitere Änderungen bzw. Maßnahmen im Bereich der Lohn- und Sozialdumpingbekämpfung, die im Regierungsprogramm angekündigt bzw. durch die EU-Änderungs-Richtlinie zur Entsende-Richtlinie notwendig wurden: z.B. Regelungen zur umfassenden Anwendung des österreichischen Arbeitsrechts auf Langzeitentsendungen (länger als 12 bzw. 18 Monate), Aufwandersatz für angemessene Unterkünfte, Kostenerstattung zur Deckung von Reise-, Unterbringungs- und Verpflegungskosten, sowie Informations- und Mitteilungsverpflichtungen betreffend Leiharbeitnehmer, als auch Adaptierungen der Bestimmungen betreffend Meldungen und Lohnunterlagen samt einer Neuregelung der Sicherheitsleistung.

Darüber hinaus kommt es im Zuge der Gesetzesnovellierung zu einer Anpassung des Ausnahmeregimes. Wichtig für die Industrie sind hier die dringend gebotene Ausweitung der Ausnahmebestimmung für konzerninterne Entsendungen oder Überlassungen als Schritt in Richtung praktikablere Regelungen sowie die nunmehr gesetzlich verankerten Ausnahmen für Schulungen und Werkverkehr.

Neues Strafenregime im LSD-BG

Laut einem EuGH-Urteil aus 2019 sind die bisherigen österreichischen Strafbestimmungen unverhältnismäßig und damit unionsrechtswidrig. Die Neuregelung sieht eine Bestrafung unabhängig von der Anzahl der von der Verwaltungsübertretung betroffenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vor:

- Verstoß gegen Melde- und Bereithaltungspflichten (Geldstrafe bis zu 20.000 Euro)
- Vereitelungshandlungen (Geldstrafe bis zu 40.000 Euro)
- Nichtbereithalten der Lohnunterlagen (Geldstrafe bis zu 20.000 Euro, im Wiederholungsfall bis zu 40.000 Euro)

Ebenfalls novelliert wurde auch die Regelung bei der Unterentlohnung. Es wird vom bisherigen Modell der Bestrafung pro Arbeitnehmerin bzw. Arbeitnehmer abgegangen und anstelle dessen ein fünfstufiger Strafrahmen eingeführt:

- Grundstrafrahmen bis zu 50.000 Euro
- Erstfall, bei Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern bis zu 9 Beschäftigten, vorenthaltenes Entgelt weniger als 20.000 Euro (Geldstrafe bis zu 20.000 Euro)

- Summe des vorenthaltenen Entgelts mehr als 50.000 Euro (Geldstrafe bis zu 100.000 Euro; bei unverzüglicher und vollständiger Mitwirkung der Arbeitgeberin/des Arbeitgebers an der Aufklärung Geldstrafe bis zu 50.000 Euro)
- Summe des vorenthaltenen Entgelts mehr als 100.000 Euro (Geldstrafe bis 250.000 Euro; bei unverzüglicher und vollständiger Mitwirkung der Arbeitgeberin/des Arbeitgebers an der Aufklärung Geldstrafe bis zu 100.000 Euro)
- Summe des vorenthaltenen Entgelts mehr als 100.000 Euro plus Vorenthaltung des Entgelts um vorsätzlich mehr als 40 Prozent des Entgelts (Geldstrafe bis zu 400.000 Euro.)

Aus Sicht der Industrie werden durch die Änderungen richtige und wichtige Schritte gesetzt, um existenzbedrohende und unternehmerfeindliche Strafen zu verhindern.
Das neue System ist jedenfalls fairer als das Kumulationsprinzip – und stellt gleichzeitig sicher, dass schwarze Schafe weiterhin wirksam bestraft werden können.

Die Stärkung des Eigenkapitals ist wichtiger als jemals zuvor

Die Corona-Krise hat gezeigt, wie relevant eine solide Eigenkapitalausstattung für die Resilienz von Unternehmen ist. Die steuerrechtliche Diskriminierung von Eigenkapital gegenüber Fremdkapital muss endlich beendet werden.

Die Corona-Krise hat die nationalen Gesundheitssysteme aber auch die Wirtschaft mit voller Härte getroffen und auf eine Belastungsprobe gestellt. Durch massive staatliche Unterstützungen aus den zuvor von Unternehmen und Arbeitnehmern mit Abgaben finanzierten Sozialsystemen konnte in beiden Bereichen das Schlimmste verhindert werden. Die Krise hat allerdings aufgezeigt, dass es in einzelnen Bereichen deutlichen Verbesserungsbedarf bei der zukünftigen Bewältigung von Krisen gibt. Im Bereich der Unternehmen wurde nun ersichtlich, dass eine starke Eigenkapitalausstattung für mehr Widerstandsfähigkeit gegenüber kurzfristigen externen Schocks sorgt.

Abzugsfähigkeit fiktiver Eigenkapitalzinsen zur Stärkung des Eigenkapitals

Zur Verbesserung der Eigenkapitalausstattung von Unternehmen und der

Entdiskriminierung gegenüber Fremdkapital empfiehlt sich die Berücksichtigung von fiktiven Eigenkapitalzinsen als Betriebsausgabe, welche u.a. in Belgien und Liechtenstein seit Jahren erfolgreich praktiziert wird. Als Grundlage ist z.B. der 3-Monats-Euribor zuzüglich eines bestimmten Prozentsatzes heranzuziehen. Die dadurch ermittelten fiktiven Zinsen reduzieren den steuerpflichtigen Gewinn. Vorteil dieser Lösung sind die relativ unbürokratische Berücksichtigung im Rahmen der jährlichen Steuererklärung und die zielgerichtete Wirkung unabhängig von der Unternehmensgröße. Von einer Deckelung dieser fiktiven Zinsen ist abzusehen, um eine Diskriminierung anhand der Unternehmensgröße zu verhindern und Steuergestaltungen vorzubeugen.

Krisenfeste Unternehmensfinanzierung

Die Stärkung des Eigenkapitals wurde bereits im Ministerrat im Juni 2020 beschlossen. Seitdem gab es allerdings keine weiteren Umsetzungsschritte; trotz der größten Wirtschaftskrise seit dem Zweiten Weltkrieg wurden keine konkreten Maßnahmen zur Eigenkapitalstärkung beschlossen. In diesem Sinne ist es aus Sicht der Industrie notwendig, dass die Einführung fiktiver Eigenkapitalzinsen sowie die Senkung der Körperschaftsteuer noch heuer im Nationalrat beschlossen werden, um ein starkes Zeichen für eine krisenfeste Unternehmensfinanzierung zu setzen.

Fotos: AdobeStock

Digital.Erfolgreich.Industrie. | Teil 3

Cybersecurity: Das Sicherheitsnetz für die Digitalisierung

Angetrieben von der Dynamik steigender Mobilfunknutzung, des Internets der Dinge und des Cloud-Computings gewinnt digitale Sicherheit immer mehr an Bedeutung.

6 Billionen Euro. So hoch ist der geschätzte Schaden durch Cyberangriffe im Jahr 2021 weltweit. Das entspricht etwa dem Bruttoinlandsprodukt von Deutschland und Frankreich zusammengerechnet. Kriminelle Aktivitäten im Cyberraum nehmen sogar noch zu, in fünf Jahren werden bereits Schäden in Höhe von 10,5 Billionen Euro erwartet.

Die Bedrohung durch Cyberkriminelle findet auch in den Medien Niederschlag. Kaum ein Tag vergeht, an dem nicht über Cyberattacken auf Unternehmen, Industrie und die Verwaltung berichtet wird. Ein Blick auf die Zahlen genügt. So wurde jedes Unternehmen im Jahr 2019 Ziel von durchschnittlich 206 Cyberangriffen. Dies betrifft aber nur die gemeldeten Attacken, die Dunkelziffer dürfte noch weit höher liegen. Cyberangriffe können folgenschwere Auswirkungen auf Unternehmen haben – aber auch auf deren Kunden, Partner, Angestellte und damit letztlich auf das Betriebsergebnis. Ebenso nimmt die Bedrohung im Privaten zu. Bereits 85 Prozent der Österreichinnen und Österreicher waren mit Viren, Trojanern & Co konfrontiert.

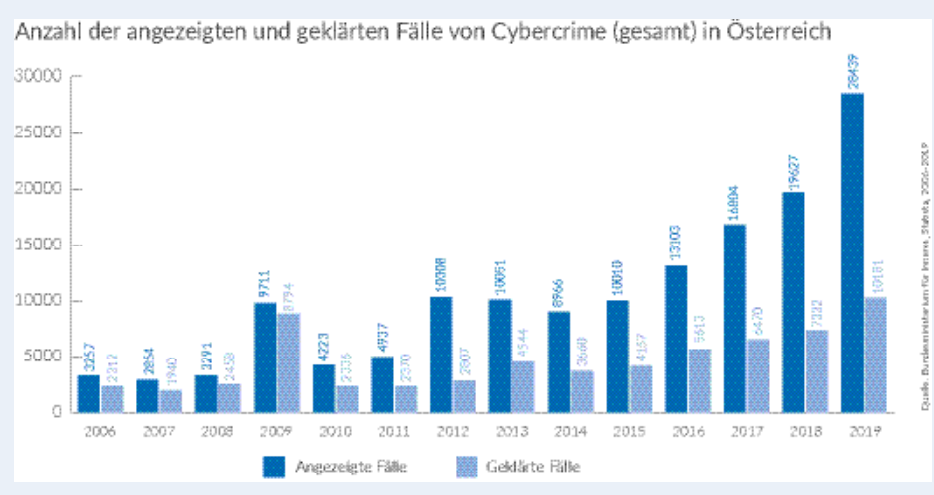
Aufholbedarf für Österreich

Dabei ist Österreich im Bereich der kritischen Infrastrukturen relativ gut aufgestellt. Grund dafür ist unter anderem die Etablierung des Informationssicherheitsgesetzes, besser bekannt als NIS-Gesetz. Darüber hinaus zählen fachspezifische Ausbildungen an HTL, Universitäten und Fachhochschulen mit derzeit etwa 40 Studiengängen rund um das Thema Informationssicherheit, das hochwertige Cybersecurity-Know-how von heimischen Unternehmen sowie die Tatsache, dass Österreich als Testmarkt angesehen wird, um Produkte und Services zu testen, zu wesentlichen Stärkefeldern. Funktioniert ein Geschäftsmodell hier, ist es auch global erfolgversprechend.

Aufholbedarf besteht aus Sicht der Industrie bei der Verfügbarkeit von Expertinnen und Experten, obwohl diese in den letzten Jahren deutlich zugenommen hat, sowie bei der Nutzung von Cloud-Infrastrukturen durch Unternehmen und beim oftmals noch fehlenden Bewusstsein über die Bedrohungen im digitalen Raum. Österreich als internationales Zentrum für Cybersicherheit und internationalen Wissensaustausch – dieses ambitionierte Ziel formuliert der Aktionsplan „DIGITAL.ERFOLGREICH.INDUSTRIE“. Doch wie kann dies gelingen?

Know-how-Basis stärken

Österreich muss die nationale Know-how-Basis stärken, etwa durch Cybersecurity-Challenges, die Integration von Digitalisierung und Cybersecurity in allen Ausbildungswegen und das Zusammenwirken von Bildung, Forschung, Behörden, Militär und Wirtschaft. Zudem gilt es den nationalen und internationalen Wissensaustausch, etwa mit den baltischen Staaten oder Israel, auszubauen. Darüber hinaus muss eine zukunftsfitte Infrastruktur geschaffen werden. Die Verfügbarkeit von schnellem und stabilem Internet ist Voraussetzung für Technologien wie Internet of Things (IoT), Smart Manufacturing oder Autonomes Fahren und damit für die Wettbewerbsfähigkeit des Industriestandorts von morgen essenziell.



Bei Cybersicherheit für kritische Infrastrukturen ist Österreich gut aufgestellt. Dennoch steigt auch in Österreich die Zahl der angezeigten Cybercrime-Fälle deutlich schneller an als die Zahl der geklärten Fälle.

#INDUSTRIE-FACT

75 Mrd. Geräte werden 2025 weltweit mit dem Internet verbunden sein. Diese müssen entsprechend geschützt werden.

WEBTIPP

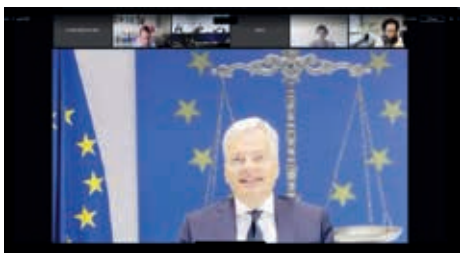
Das IV-Positionspapier „DIGITAL.ERFOLGREICH.INDUSTRIE. Transformation zum digitalen Österreich 2030+“ finden Sie zum Download unter: **www.iv.at**

IV-NETZWERK INTERNATIONAL

Austausch mit EU-Justizkommissar Reynders

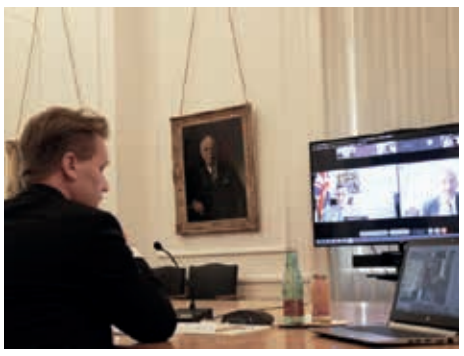
Im Juni präsentierte EU-Justizkommissar Didier Reynders im IV-Bundesvorstand sein EU-Gesetzespaket zur nachhaltigen Unternehmensführung. Dieses wird für Herbst erwartet. Dann sollen sämtliche Betriebe gesetzlich zu einer langfristigen, nachhaltigen Unternehmensführung mit messbaren Nachhaltigkeitszielen und Sorgfaltspflichten für die gesamte Lieferkette von Produkten verpflichtet werden. Nur so könnten ökologischer Wandel und eine nachhaltige Gesellschaft erreicht werden, so Reynders. Bisherige internationale Standards und freiwillige Initiativen seien aus Sicht der EU-Kommission nicht ausreichend. Eine gesamteuropäische Regelung sei notwendig, auch angesichts aktueller Gesetzesinitiativen in manchen Mitgliedstaaten wie dem deutschen Lieferkettengesetz. Dieses gilt ab 1.1.2023 auch für österreichische Unternehmen, die in Deutschland tätig sind, ab 3.000 Beschäftigten.

Industrieunternehmen sind selbstverständlich bereit, ihren Beitrag für eine nachhaltige Entwicklung zu leisten. Damit sie das können, darf der Freiraum des unternehmerischen Entscheidens und Handelns aber nicht vom europäischen Gesetzgeber beschnitten werden. Große, global tätige Unternehmen erfüllen bereits heute ein Gros der angedachten Anforderungen und können auf bestehenden Prozessen aufbauen. Aber der Mittelstand gelangt mit den weitreichenden Vorschlägen und geplanten Haftungen an seine Grenzen. Die IV arbeitet daher intensiv daran, Rechtssicherheit, Wettbewerbsfähigkeit und unternehmerischen Gestaltungsspielraum im zukünftigen Gesetzestext sicherzustellen und den bürokratischen Aufwand zu minimieren. Dazu befindet sie sich im engen Austausch mit der europäischen und nationalen Politik und Verwaltung.



Industrie-Talk mit Minister of State for Trade Policy, Greg Hands

Beim Industrie-Talk im Juni diskutierte der britische Minister of State for Trade Policy, Greg Hands, mit Vertreterinnen und Vertretern der IV-Mitgliedunternehmen zu wichtigen wirtschafts- und handelspolitischen Themen. Im Fokus des Austauschs standen internationale Handelsbeziehungen, die Auswirkungen des Brexit oder die Zusammenarbeit zwischen UK und EU bei zentralen Zukunftsthemen, wie etwa dem Klimaschutz. In Anbetracht des steigenden Wettbewerbsdrucks aus dem amerikanischen und asiatischen Raum sei ein gemeinsames Kräftebündeln bei Forschungs- und Technologiethemen, wie Künstlicher Intelligenz, Mikroelektronik und Erneuerbaren Energien, wichtiger denn je. Minister Hands betonte die Relevanz der Zusammenarbeit mit Österreich und anderen gleichgesinnten Ländern: Man stehe geopolitisch im gemeinsamen Mitbewerb und dies sei ein Katalysator für Wachstum und den Kampf gegen den Klimawandel. „Wir haben die EU verlassen, aber nicht Europa“, lautete die Antwort Hands‘ zum Thema Brexit. Der Austritt aus der EU habe sowohl Vor- als auch Nachteile gebracht, jedoch sei Großbritannien weiterhin ein starker Wirtschaftspartner und die Lage bessere sich durch die Ausarbeitung neuer Handelsabkommen stetig. Trotz Austritt des UK liege es im nationalen Interesse, dass die EU langfristig ein Erfolgsprojekt bleibt.



Fotos: AdobeStock, IV

Elementarbildung und Kinderbetreuung zahlen sich aus

Die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist auch mit Blick auf den Fachkräftemangel ein wichtiges Standortthema. Die Industrie setzt sich aus guten Gründen für moderne und ausreichende Kinderbetreuung in ganz Österreich ein.

Kinderbildung und -betreuung machen den Unterschied: Das hat sich nicht nur in der Corona-Pandemie gezeigt, als viele berufstätige Eltern mit Betreuung und Home-Schooling schlichtweg überfordert waren. „Ein ausreichendes, qualitativ hochwertiges Angebot an Kinderbetreuung ist Grundvoraussetzung für die gelungene Vereinbarkeit von Familie und Beruf – und damit in hohem Maß standortrelevant. Unsere Betriebe sowie die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter müssen sich darauf verlassen können, dass ihre Kinder sicher und zeitgemäß betreut werden", sagt IV-Präsident Georg Knill.

Kinderbetreuung hängt vom Wohnort ab

Dabei besteht allerdings in Österreich noch erheblicher Handlungs- und Investitionsbedarf. Im vergangenen Jahrzehnt ist bei der Kinderbetreuung zwar viel passiert: Österreich hat etwa bei den Über-Dreijährigen das sogenannte „Barcelona-Ziel" der EU, eines Betreuungsangebots für mindestens 90 Prozent, erreicht. „Dennoch bestehen starke regionale Unterschiede. In Österreich hängen Vorhandensein und Qualität elementarpädagogischer Angebote vom Wohnort ab", so IV-Generalsekretär Christoph Neumayer.

Rückflüsse übersteigen Kosten

Eine Studie des Österreichischen Instituts für Familienforschung (ÖIF) im Auftrag der Industriellenvereinigung und Jungen Industrie bestätigt eindrucksvoll, wie wichtig es ist, dass ausreichend Geld in die Kinderbildung und -betreuung fließt. Konkret zeigt sie: Der Ausbau der Kinderbetreuungseinrichtungen ab 2008 hat zwar erhebliche Investitionen benötigt. Ihnen stehen aber zeitversetzt auch zahlreiche Rückflüsse gegenüber, wie die höhere Beschäftigung bei Müttern, der stärkere Personaleinsatz und entsprechende Abgaben. Bereits im Jahr 2015 überstiegen die Rückflüsse die Kosten, bilanzieren die Familienforscher. Der Ausbau der Betreuungseinrichtungen zwischen 2005 und 2016 hat in Summe knapp über 80.000 Arbeitsplätze geschaffen. Pro zusätzlichem Beschäftigungsverhältnis im Elementarbildungsbereich bis 2016 wurden bis dahin dreimal mehr zusätzliche Arbeitsplätze über sämtliche Wirtschaftssektoren geschaffen bzw. gesichert.

> *„Jeder in die Qualität früher Bildung investierte Euro kommt volkswirtschaftlich gesehen mindestens achtfach zurück."*
>
> Georg Knill
> IV-Präsident

Nachfolgend die wichtigsten Forderungen der Industriellenvereinigung – die auch von den Sozialpartnern geteilt werden – für die Zukunft der Kinderbetreuung.

Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung

Der Rechtsanspruch auf einen Kinderbetreuungsplatz soll zur besseren Planbarkeit und Umsetzung für die Länder in zwei Etappen erfolgen: ab Herbst 2023 ab dem 2. Geburtstag, ab Herbst 2025 ab dem 1. Geburtstag des Kindes. „Wir brauchen dringend eine flächendeckende, flexible und leistbare Kinderbetreuung vom Neusiedlersee bis zum Bodensee – insbesondere für Unter-Dreijährige", so IV-Generalsekretär Neumayer. Besonders wichtig für die Industrie: Die Öffnungszeiten müssen mit einer Vollzeitbeschäftigung beider Eltern vereinbar sein. Notwendig sind zudem mehr und auch mobile Betreuungsangebote durch Tageseltern als Ergänzung, etwa zu Randzeiten.

Mehr Investitionen in frühkindliche Bildung

„Auch wenn Unternehmen viel in die Vereinbarkeit und entsprechende Maßnahmen für ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter investieren, kann das immer nur eine Ergänzung sein", so IV-Präsident Knill. Er plädiert für eine Aufstockung der finanziellen Mittel für die Kinderbetreuung – und nicht nur eine Verlängerung der bisherigen Vereinbarung mit den Bundesländern für den Ausbau. Mittelfristig muss Österreich jedenfalls bei den Investitionen in frühkindliche Bildung an den EU-Schnitt von einem Prozent vom Bruttoinlandsprodukt aufschließen. Das wären rund vier Mrd. Euro, derzeit sind es rund 2,3 Mrd. Euro. Knill: „Jeder in die Qualität früher Bildung investierte Euro kommt volkswirtschaftlich gesehen mindestens achtfach zurück. Anders betrachtet: Jeder nicht investierte Euro kostet uns mindestens acht Euro in der Zukunft."

Ausbildungsoffensive für Pädagoginnen und Pädagogen

Österreich ist eines der Schlusslichter in Europa, was das Qualifikationsniveau der Elementarpädagoginnen und -pädagogen betrifft. „Es muss eigentlich klar sein, dass die am besten ausgebildeten Personen zu den Jüngsten müssen. Jetzt soll daher die vom Bund gestartete Ausbildungsoffensive weiter intensiviert werden", fordert IV-Generalsekretär Neumayer. Ausbau und Qualität von Kindergartenplätzen brauchen schließlich ausreichend qualifiziertes Personal.

> *„In Österreich hängen Vorhandensein und Qualität elementarpädagogischer Angebote vom Wohnort ab."*
>
> Christoph Neumayer
> IV-Generalsekretär

Betriebe unterstützen

Wichtig ist der Industriellenvereinigung auch die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Betriebe, die Kinderbetreuung ermöglichen. Weniger bürokratische Hürden für die Errichtung eines Betriebskindergartens sind ebenso wichtig wie Lohnsteuerfreiheit, wenn auch „Nichtbetriebsangehörige" den Betriebskindergarten besuchen. Die IV schlägt zudem vor, den Zuschuss der Unternehmen für ihre Beschäftigten für die Betreuung von Kindern von bis zu 1.000 Euro pro Jahr und Kind steuer- und sozialversicherungsfrei bis zum 14. Lebensjahr auszuweiten. „Bessere Kinderbetreuung zahlt sich aus – und muss sich auch für alle auszahlen, die sich dafür einsetzen", so IV-Präsident Knill.

KINDERBETREUUNG IST „MUST HAVE FÜR STARKEN STANDORT“

INTERVIEW

IV-Vizepräsidentin Sabine Herlitschka und der stv. JI-Bundesvorsitzende Nikolaus Griller über Vereinbarkeit, die Familien und Betrieben nützt.

„Es muss jetzt weitere Anstrengungen der Bundesländer gemeinsam mit dem Bund und den Gemeinden geben.“

Sabine Herlitschka
IV-Vizepräsidentin

Kinderbetreuung und Elementarbildung sind in der politischen Debatte meist Randthemen…

Herlitschka: …und das vollkommen zu Unrecht! Denn egal, ob Vereinbarkeit von Familie und Beruf, faire Chancen für jedes Kind, mehr Fachkräfte für Unternehmen, die Stärkung des ländlichen Raumes oder die Gleichstellung von Frauen und Männern – überall spielen Kinderbetreuung und Elementarbildung eine zentrale Rolle.

Griller: Angesichts der aktuellen wirtschaftlichen Lage und des Fachkräftemangels sind Investitionen in die Kinderbetreuung wichtige Investitionen für nachhaltigen Aufschwung und Beschäftigung. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist ein wichtiges Standortthema – und ein nicht zu vernachlässigender Faktor zur Gewinnung von qualifizierten Fachkräften und Mitarbeiterbindung.

Haben die Corona-Lockdowns das Thema Vereinbarkeit wieder auf die politische Bühne gehoben?

Herlitschka: Die Reformnotwendigkeiten in diesem Bereich sind natürlich schon lange bekannt. Aber die Lockdowns haben uns die Baustellen und den Investitionsbedarf noch klarer vor Augen geführt. Wir als Industrie setzen uns schon lange für Vereinbarkeit und Elementarbildung ein und wissen daher: Bessere Vereinbarkeit durch bessere Kinderbetreuung ist kein „nice to have“, sondern ein „must have“ für einen starken Standort.

Wie wird die IV das Thema weiter forcieren?

Griller: Wir sehen die Vereinbarkeit als zentrales Zukunftsthema, bei dem Politik, Arbeitgeber und Arbeitnehmer an einem Strang ziehen müssen. Daher haben wir uns gut mit den Sozialpartnern abgestimmt – und das auch in den Bundesländern. Die IV sollte sich weiterhin mit aller Energie für Ausbau und Qualität in der Kinderbetreuung und Elementarbildung stark machen.

Herlitschka: Es muss jetzt weitere Anstrengungen der Bundesländer gemeinsam mit dem Bund und den Gemeinden geben. Unsere Unternehmen müssen bestmöglich dabei unterstützt werden, Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu erleichtern.

Die IV hat beim Thema Vereinbarkeit immer auch den Elementarbildungsaspekt betont – warum?

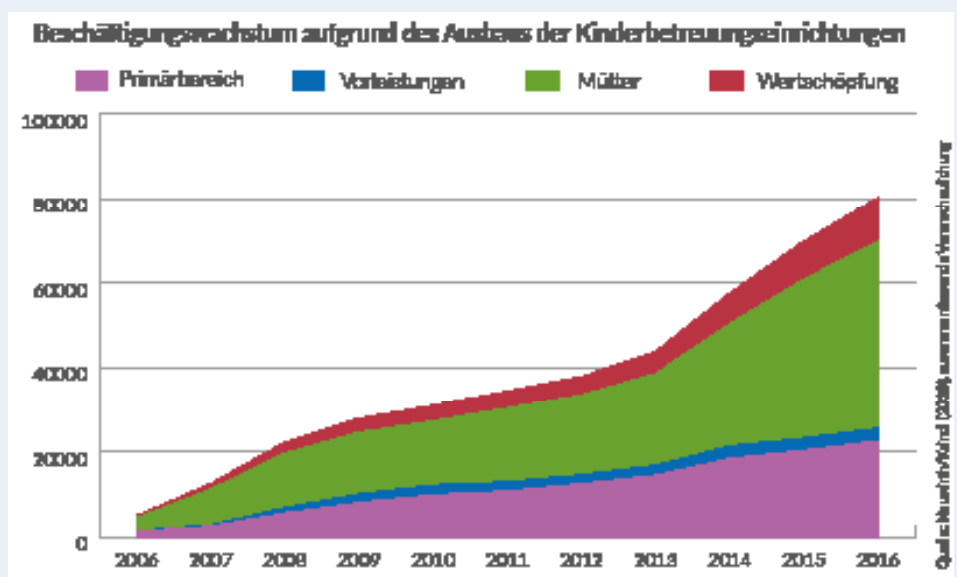
Herlitschka: Weil elementare Betreuungseinrichtungen erste Orte für Bildung sind, und nicht nur „Aufbewahrungseinrichtungen“. Die elementare Bildung ist für Kinder und Standort wichtig. Wir sehen aus Studien: Je früher in Bildung investiert wird, umso höher ist die Bildungsrendite. Kinder, die mindestens zwei Jahre den Kindergarten besucht haben, haben belegbare Kompetenzvorsprünge in Mathematik und Englisch. 15-Jährige schneiden bei der PISA-Auswertung besser ab, wenn sie schon vor der Schule einen Kindergarten oder eine ähnliche Einrichtung besucht haben.

„Wir sehen die Vereinbarkeit als zentrales Zukunftsthema, bei dem Politik, Arbeitgeber und Arbeitnehmer an einem Strang ziehen müssen.“

Nikolaus Griller, stv. Vorsitzender der Jungen Industrie

KINDERBETREUUNG & ELEMENTARBILDUNG AUF EINEN BLICK

- AUSGABEN: Bei den Ausgaben für frühkindliche Bildung liegt Österreich mit einem Anteil am BIP von 0,5 Prozent leicht unter dem OECD-Schnitt von 0,6 Prozent und deutlich unter Staaten wie etwa Schweden (1,4%).
- GRUPPENGRÖSSE: In den Bundesländern schwankt die maximale Gruppengröße zwischen 20 und 25 Kindern mit einer Fachkraft pro Gruppe. In Finnland entfallen auf eine Fachkraft sieben Kinder, in Dänemark zehn.
- BETREUUNGSQUOTE: Beim Vergleich der Betreuungsquoten zeigt sich, dass bei den Dreijährigen Niederösterreich (95,8%) und das Burgenland (95,6%) deutlich über dem Österreich-Schnitt von 86,5 Prozent liegen. Die niedrigsten Be-
- SPRACHE: Jedes dritte Kind in Krippe bzw. Kindergarten hat nicht Deutsch als Muttersprache. Am höchsten ist der Prozentsatz mit 60,1 in Wien, gefolgt von Oberösterreich und Vorarlberg (26,3% bzw. 26,6%).
- WIEDEREINSTIEG: Das Angebot an Kindergartenplätzen ist entscheidend für den beruflichen Wiedereinstieg. Laut einer Untersuchung zählen zu den drei stärksten Einflussfaktoren verfügbare Kinderbetreuungsplätze (49,3%), die Bedürfnisse des Kindes (47%), die finanzielle Situation der Familie (46,3%).

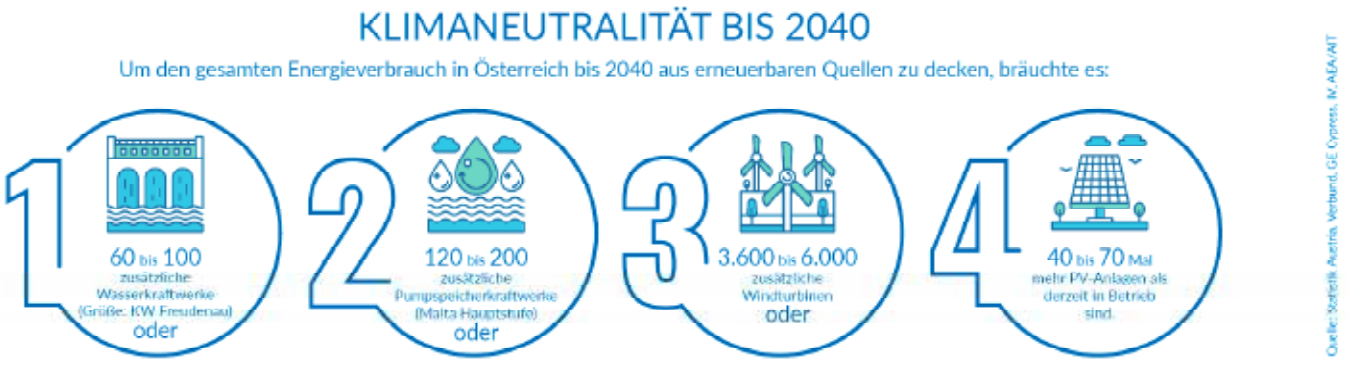


Den Investitionen in Kinderbetreuungseinrichtungen stehen zeitversetzt zahlreiche Rückflüsse entgegen, wie die stärkere Beschäftigung bei Müttern, der stärkere Personaleinsatz und entsprechende Abgaben.

Wichtiger Schritt in Richtung klimaneutrale Strom-Zukunft

Das Erneuerbaren-Ausbau-Gesetz schafft Planungssicherheit und begrenzt die Mehrkosten für Stromkunden. Bis zur Klimaneutralität ist es aber ein weiter Weg.

Im Juli hat der Nationalrat mit 2/3-Mehrheit das Erneuerbaren-Ausbau-Gesetz (EAG) beschlossen. Dieses soll die Weichen stellen, damit Österreich seinen Strombedarf bis zum Jahr 2030 rein rechnerisch zu 100 Prozent aus erneuerbaren Quellen deckt. Dafür notwendig sind zusätzliche 27 Terawattstunden (TWh) Strom aus erneuerbaren Quellen. Konkret bedeutet das ein erforderliches Plus von 11 TWh Photovoltaik, 10 TWh Windkraft, 5 TWh Wasserkraft und 1 TWh Biomasse. Damit würde die Produktion von erneuerbarem Strom von derzeit rund 55 TWh um rund 50 Prozent gesteigert. Um das zu erreichen, soll künftig die Unterstützung für erneuerbaren Strom auf jährlich eine Milliarde Euro in den Ausbau steigen.



Der Weg zur Klimaneutralität ist noch sehr weit. Dennoch ist das EAG ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung.

Kosten für Stromkunden steigen begrenzt

Die IV hat sich in den vergangenen Monaten intensiv dafür eingesetzt, dass zentrale Anliegen der Unternehmen verankert werden: Neben der Gewährleistung des weiteren Ausbaus erneuerbarer Energie durch eine deutliche Ausweitung der Fördermittel wird auch die Kostenseite politisch berücksichtigt. Die Belastungen für private und betriebliche Energiekunden werden auf eine Milliarde Euro pro Jahr gebremst. Damit die Kosten für die Industrie begrenzt sind, bleibt der Aufbringungsmechanismus, eine Art Kostendeckel für die energieintensive Industrie, aufrecht. Zudem schafft das EAG aus Sicht der IV einerseits Planungssicherheit für die Errichter und Betreiber von Ökostromanlagen. Anderseits auch für die Industrie, die ihre Prozesse von fossilen Energieträgern auf erneuerbaren Strom umzustellen hat.

Die Umstellung des Stromsystems wäre jedenfalls ein Meilenstein auf dem Weg zur Klimaneutralität. Derzeit entfallen zwar lediglich 20 Prozent des gesamten Endenergieverbrauchs Österreichs auf Strom, die restlichen 80 Prozent auf Benzin, Gas, Diesel, Heizöl, Biomasse etc. Dennoch kommt Strom aufgrund seiner vielfältigen Anwendbarkeit gerade auch für die Dekarbonisierung der Industrie eine Schlüsselrolle zu. Aktuelle IV-Recherchen machen aber deutlich, dass der Weg zur bis 2040 angestrebten Klimaneutralität noch ein weiter ist: Um den gesamten Energieverbrauch bis dahin aus erneuerbaren Quellen zu decken, bräuchte es beispielsweise 60 bis 100 zusätzliche Wasserkraftwerke in der Größenordnung des Donaukraftwerks Freudenau oder 120 bis 200 neue große Pumpspeicherkraftwerke (siehe Grafik).

Versorgungssicherheit erhalten

Für die IV ist allerdings auch klar: Beim Umbau des Energiesystems muss die Versorgungssicherheit im Fokus stehen. Um Blackouts dauerhaft sicher vermeiden zu können, muss der Ausbau erneuerbarer Energieproduktion vom zügigen Ausbau entsprechender Infrastrukturen begleitet werden. Das heißt Verstärkung und Flexibilisierung des Netzausbaus sowie Beschleunigung bei Genehmigungsverfahren. Hierfür bietet das EAG keine hinreichende Antwort.

AKTUELLES IN KÜRZE

Begeisterung für Industrie digital geweckt

Ob digitale Workshops oder Videopräsentationen: Beim 8. Kindertag der Industrie beschäftigten sich rund 1.000 Kinder und Jugendliche mit Naturwissenschaft und Technik.

Freude und Spaß an Technik, an naturwissenschaftlichen Experimenten sowie die Lust, als kleine Entdeckerinnen und Entdecker die spannende Welt der Industrie kennenzulernen und zu erleben – das ist es, was die IV gemeinsam mit der Wissensfabrik Österreich und dem Science Pool mit dem „Kindertag der Industrie“ (KIDI) jedes Jahr vermittelt. Die 8. Auflage fand Corona-bedingt heuer erstmals digital statt.

In der vorletzten Schulwoche tauchten mehr als 1.000 Kinder und Jugendliche zwischen fünf und 14 Jahren in die vielfältige Welt der Industrie ein. In Workshops und Videopräsentationen machten die Unternehmen AVL, Fronius, Infineon, MIBA sowie das Technische Museum Wien Technik und Naturwissenschaften erlebbar.

Für die Industrie war der Fachkräftemangel zentrales Thema, er ist eines und wird es bleiben. Ein Weg ist es, Vorbehalte und Scheu gegenüber Mathematik, Naturwissenschaften und Technik schon im Kindesalter spielerisch abzubauen und Begeisterung für das Thema zu wecken. Damit ist schon viel gewonnen. Denn die Nachfrage nach MINT-Absolventinnen und -Absolventen wird hoch bleiben, gerade in der Industrie. Innovation, technologische Durchbrüche, wegweisende Ideen – all das entsteht genau dort.

Studie untersucht Präsenz von Frauen in den Medien

Die Corona-Krise hat den positiven Trend der vergangenen Jahre umgekehrt.

Die Corona-Pandemie stellte Gesellschaft, Wirtschaft, Politik und Gesundheitssystem auf den Prüfstand. Wie Frauen in dieser historischen Phase mitgestalten konnten und wie sichtbar sie im öffentlichen Diskurs waren, ist Gegenstand der Studie „Frauen – Politik – Medien“ von MediaAffairs in Kooperation mit Acredia, Arbeiterkammer, Industriellenvereinigung und RHI Magnesita. Erstmals liefert die Medienstudie eine fundierte Basis dafür, wie sich eine Krise auf die Sichtbarkeit und die öffentliche Wahrnehmung von Frauen auswirkt.

Fazit: Der positive Trend der vergangenen Jahre kehrt sich um und Frauen verlieren an Präsenz. In der Krise gehörte die mediale Bühne zu 77 Prozent den Männern. Frauen sind als Expertinnen, Medizinerinnen etc. nur zu 23 Prozent sichtbar.

Die Studie zeigt auch, dass Frauen – wenn sie in Entscheidungspositionen präsent sind – andere Akzente setzen als Männer. Frauen fokussierten sich beispielsweise doppelt so oft auf Digitalisierungsprozesse und forcierten stärker die Erschließung neuer Märkte als Männer.

Die komplette Studie finden Sie unter: **www.iv.at**

V.l.n.r.: Simone Oremovic (RHI Magnesita), IV-Vizepräsidentin Sabine Herlitschka, Studienautorin Maria Pernegger (MediaAffairs), AK-Präsidentin Renate Anderl, Gudrun Meierschitz (Acredia)

Fotos: AdobeStock, Karl Pernegger

Tokenisierung als Baustein der Unternehmensfinanzierung

Was hat die Palmers Münze mit Tokenisierung zu tun? Mehr, als man auf den ersten Blick vermuten würde.

Als die Palmers Münze im Jahr 1949 erstmals vorgestellt wurde, war dies ein Novum in Österreich: Ein Unternehmen begibt ein eigenes Zahlungsmittel, das sogar vom Bundesministerium für Finanzen offiziell genehmigt wurde. Das war der Beginn eines Kultproduktes, das bis heute gekauft, verschenkt und gehandelt wird. Ähnlich der Palmers Münze stellt ein Token die Abbildung eines Rechtsanspruches auf eine Wertsache dar. „Während sich der Anspruch aus der Palmers Münze auf ein Bekleidungsportfolio eines Herstellers beschränkt, lassen sich durch Tokenisierung heute vielfältige Investitionsmöglichkeiten gestalten," erläutert gruppe1031-Vorstandsmitglied Christian Niedermüller, Director bei der Hamburg Commercial Bank und Vorstandsmitglied der DAAA (Digital Asset Association Austria).

Welche Vorteile bietet Unternehmensfinanzierung via Tokenisierung?

Der grundlegende Unterschied bei tokenisierten Vermögenswerten im Vergleich zu bestehenden Eigentumsformen ist die Teilbarkeit, die Handelbarkeit und die Transferierbarkeit. Ein Security Token steht beispielsweise für einen Rechtsanspruch auf Eigentum auf einen dahinter liegenden Vermögenswert, wie etwa Eigenkapitalanteile an einer Kapitalgesellschaft oder ein anteiliges Eigentumsrecht an einem Grundstück. Das ermöglicht den Erwerb von Teilstücken eines Vermögenswerts und eine einfachere Handelbarkeit etwa an der Börse. Die Transferierbarkeit von Tokens wiederum vereinfacht die Eigentumsübertragung bei niedrigeren Transferkosten. Für Unternehmensfinanzierungen bedeutet dies einerseits die Erschließung neuer Investorengruppen und andererseits die Reduktion von Kosten in der Emission, im Handel sowie in der Abwicklung bei bestehenden Investoren.

Tokenisierung wird folglich zu einem wesentlichen Baustein der Unternehmensfinanzierung werden. Institutionelle Investoren haben die Potenziale der Blockchain längst erkannt. Damit die Akzeptanz digitaler Finanzierungsformen in Österreich seitens Unternehmen, Investoren, Banken und der Gesetzgebung voranschreitet, brauche es neben einer Rechtsnorm, die eine Marktentwicklung zulässt, und einer entsprechenden Netz- und Dateninfrastruktur vor allem den Willen zur Innovation, so Niedermüller: „Die scheinbare technische Komplexität des Themas darf nicht abschrecken. Wir brauchen einen aktiven, gestaltenden Diskurs über neue Formen der Unternehmensfinanzierung bzw. einen proaktiven und technologieneutralen Zugang zum Thema der Unternehmensfinanzierung durch Tokenisierung, um international wettbewerbsfähig zu bleiben."

WEBTIPP

Mehr Informationen zum Thema und zur gruppe1031 finden Sie unter folgendem QR-Code:

Industrie als Motor für Veränderung

Corona hat die Welt lange in Atem gehalten. Ein anderes Thema drängt sich nun, zu Recht, in den Vordergrund.

Die Pandemie hat bei vielen den Blick verengt – lange genug. Trotz aller Befürchtungen vor einem doch nicht so leichten Herbst: Es wird Zeit, unsere Energien wieder auf andere Themen zu konzentrieren. Die Klimadebatte drängt sich wieder vermehrt in den Vordergrund und das ist auch gut so. Diese Entwicklung wird noch unsere Kindeskinder betreffen. Es liegt an uns, smarte Lösungen zu finden, um allzu große Verwerfungen zu vermeiden.

Klar ist dabei aber: Den Stein der Weisen gibt es leider nicht. Es gibt nicht die eine Maßnahme, mit der alles lösbar wäre. Vom persönlichen Lebenswandel über die Frage nachhaltiger Energiegewinnung hin zur Umwandlung des Wirtschaftskreislaufs zu einer echten Zirkularwirtschaft. Der technologische Wandel – und nur Innovation wird uns aus der Misere retten können – wird alle Bereiche umfassen müssen. Und muss daher auch von der Bevölkerung in aller Breite mitgetragen werden.

Man sollte daher nicht den individuellen Nutzen aus dem Blick verlieren. Beispiel Elektroauto: Diese werden immer beliebter, bei den Batterien besteht aber sicherlich noch Luft nach oben. Wer hier die Nase vorne hat, wird sich viele Zukunftschancen sichern. Europa könnte hier Vorreiter sein. Etwa durch einen europaweiten Standard für Tauschstationen an Tankstellen. Der Autonutzer spart sich Wartezeit, die Batterien werden über Photovoltaik geladen – die EU sollte hier den Binnenmarkt nutzen, um rasch praktische technische Lösungen voranzutreiben, die (in diesem Beispiel) etwa Elektroautos wirklich massetauglich machen würden. Das hilft dem Konsumenten und der Industrie und eben auch dem Klima.

Herzlichst Euer

Matthias Unger,
Bundesvorsitzender der Jungen Industrie

„JI-KLIMAZONE" ERRICHTET

Die Junge Industrie Wien hat – gemeinsam mit der Industriellenvereinigung – vor dem Haus der Industrie die „JI-Klimazone" errichtet. Mit dieser Grünoase inmitten von Wien will die JI-Wien ein sichtbares Zeichen für Umwelt & Klima setzen. Die Klimazone lädt Mitglieder und Passanten zum Verweilen ein und bietet zugleich Informationen zu umwelt- und klimafreundlichen Lösungen aus der Wiener Industrie. Sie ist noch bis Ende September am Schwarzenbergplatz zu finden.

BUNDESLÄNDER-ÜBERGREIFENDER JI-WANDERTAG

Im Juli trafen sich Mitglieder der Jungen Industrie NÖ/Bgld., Wien und Steiermark in Mönichkirchen/Wechsel zum Wandern. Die Route führte unter anderem zum Hallerhaus am Wechsel und zum Stoa Alm Chalet. Bergab ging's dann umso schneller – und zwar mit den Mountaincarts der Rollerbahn Mönichkirchen.

JI-FACTBOX

Zwischen Jänner und Mai 2021 wurden 215,4 Prozent mehr Elektroautos in Österreich verkauft als im Vorjahr. Tendenz: weiter steigend!

IMPRESSUM

Herausgeber, Medieninhaber und Redaktion: Vereinigung der Österreichischen Industrie (Industriellenvereinigung), Schwarzenbergplatz 4, 1031 Wien, Tel.: 01/711 35-2308, E-Mail: positionen@iv.at, Homepage: www.iv.at, ZVR: 806801248, LIVR-N.: 00160, EU-Transparenzregister Nr.: 89093924456-06, Vereinszweck gemäß § 2 Statuten: Die Industriellenvereinigung (IV) bezweckt, in Österreich tätige industrielle und im Zusammenhang mit der Industrie stehende Unternehmen sowie deren Eigentümer und Führungskräfte in freier und demokratischer Form zusammenzufassen; ihre Interessen besonders in beruflicher, betrieblicher und wirtschaftlicher Hinsicht auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene zu vertreten und wahrzunehmen, industrielle Entwicklungen zu fördern, Rahmenbedingungen für Bestand und Entscheidungsfreiheit des Unternehmertums zu sichern und Verständnis für Fragen der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu verbreiten.

Chefredaktion: Robert Albrecht, Stefan Tilsner. Lektorat: Brigitte Mayr. Verantwortlich für den Inhalt: Mathias Burtscher, Joachim Haindl-Grutsch, Johannes Höhrhan, Eugen Stark, Claudia Mischensky, Gernot Pagger, Ingrid Puschautz-Meidl, Michaela Roither, Irene Schulte.

Für den Inhalt der letzten drei Seiten zeichnet die jeweilige Landesgruppe verantwortlich.

Grafik: Petra Matovic, Nina Mayrberger.

Druck: BULU - Buchdruckerei Lustenau GmbH, 6890 Lustenau. Erscheinungsort: Wien. Offenlegung nach § 25 des Mediengesetzes: iv-positionen erscheint 10x jährlich in einer Auflage von 8.300

Unternehmensgegenstand: Information zu industrie- und gesellschaftspolitischen Themen für Mitglieder der Industriellenvereinigung und Meinungsträger in Österreich. Siehe auch unter www.iv.at

Fotos (Cover bzw. Coverstory): Buchdruckerei Lustenau/Fasching, AdobeStock, IV-Burgenland/AdobeStock, IV-Kärnten/AdobeStock, IV-NÖ/ABB, IV-OÖ/Krügl, IV-Salzburg/Kolarik, IV-Steiermark/Marija Kanizaj, IV-Tirol/Universität Innsbruck, IV-Vorarlberg/AdobeStock, IV-Wien/BKA/Dunker

Aus Gründen der leichteren Lesbarkeit wird auf geschlechtsspezifische Endungen verzichtet.

Die verwendeten Bezeichnungen beziehen sich auf alle Geschlechter gleichermaßen.

Fotos: JI-Wien/Lorenz

Pochtler plädiert für eine Politik ohne ideologische Scheuklappen

In der Vorstandssitzung der IV-Wien zog Präsident Christian C. Pochtler Bilanz über den bisherigen Verlauf der Pandemie und ihre Bekämpfung. Die Lehren daraus sollten als Wegweiser für die großen Herausforderungen unserer Zeit dienen. Gäste im Vorstand waren Bundesminister Martin Kocher und Nationalratsabgeordnete Therese Niss.

Der Vorstand der IV-Wien kam im Juni zur zweiten Sitzung des Jahres zusammen. Präsident Christian C. Pochtler berichtete über die Aktivitäten in den vergangenen Wochen. So waren etwa die Bemühungen, eine priorisierte Impfung von Schlüsselkräften in der Stadt zu erreichen – nach intensiven Gesprächen mit Gesundheitsstadtrat Peter Hacker und der Wirtschaftskammer Wien –, erfolgreich. Im Mai wurden so bereits 57.000 Menschen geimpft, die im Rahmen ihrer beruflichen Tätigkeit entweder ein erhöhtes Infektionsrisiko haben oder zwingend ins Ausland reisen müssen. Seitdem wurden die Impfungen auch für alle weiteren Kategorien von Mitarbeitern geöffnet.

Pochtler lobte auch das ausgezeichnete Testangebot in Wien. Mit dem PCR-Gurgeltestprogramm „Alles gurgelt“ habe die Stadt hier eine absolute Musterlösung in ihrem Portfolio, die ein Vorbild für ganz Österreich sein könne. Durch den Fortschritt beim Impfen und die Vielzahl an Testmöglichkeiten stünden die Chancen gut, dass die Pandemie nun ohne weitere Lockdowns überstanden werden könne und die Gesundheitskrise damit bald Geschichte sei. Die Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Sozialkrise würden Österreich aber noch länger in ihrem Bann halten, so Pochtler.

Kluge Maßnahmen, vor allem in Form von Anreizen für Investitionen und die Schaffung von Arbeitsplätzen, seien daher mehr als angezeigt. Ein Best Practice-Beispiel in diesem Zusammenhang sei die kürzlich aufgestockte Investitionsprämie. Mit einem Volumen von nun 5 Mrd. Euro löse sie bis zu 55 Mrd. Euro an Investitionen aus und schaffe bzw. sichere dadurch bis zu 800.000 Arbeitsplätze.

Die richtigen Lehren aus der Krise ziehen

Corona-Krise und Klimakrise seien zwar ihrem Wesen nach recht unterschiedlich, wie Präsident Pochtler anmerkte, aber nichtsdestotrotz könnten und müssten aus der Pandemie Lehren für den Umgang mit den Herausforderungen unserer Zeit, wie etwa dem Klimawandel, gezogen werden. Zentral sei dabei, dass globale Probleme stets nach globalen Lösungen – mit lokalem Umsetzungsmanagement – verlangen. Ein internationaler „Fleckerlteppich“ wie bei der Corona-Krise sei inakzeptabel. Darüber hinaus hab sich in der Corona-Pandemie auch klar gezeigt, dass Dogmen und vorgefertigte Meinungen nicht der richtige Kompass seien. Grundlage aller Entscheidungen müsse immer eine evidenzbasierte, pragmatische und möglichst holistische Interessenabwägung sein. Und gerade klimapolitische Entscheidungen seien außerdem stets innerhalb des goldenen Dreiecks „Ökologie – Ökonomie – soziale Nachhaltigkeit“ zu treffen.

Kocher gibt Überblick zum Arbeitsmarkt nach Corona

Arbeitsminister Martin Kocher skizzierte in seinem Referat den Status quo und die weiteren Aussichten für den Arbeitsmarkt nach der Pandemie. Durch Maßnahmenpakete wie die „Aktion Sprungbrett“ sollen die negativen Effekte der Krise abgefedert werden, eine große Herausforderung sei allerdings der Mismatch zwischen den Qualifikationen der Arbeitslosen und den Qualifikationsanforderungen der Unternehmen. Im Austausch mit den Vorstandsmitgliedern beleuchtete der Bundesminister unter anderem auch die möglichen Risiken einer steigenden Inflation auf den Arbeitsmarkt, die Korrelation von Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit und das Problem der zunehmenden Langzeitarbeitslosigkeit.

Als weiterer Vorstandsgast gab die Abgeordnete zum Nationalrat und ÖVP-Bereichssprecherin für Digitalisierung, Forschung und Innovation, Therese Niss, einen Überblick über aktuelle legislative und politische Entwicklungen aus ihren Schwerpunktbereichen.

Arbeitsminister Martin Kocher (Bildmitte) bei der IV-Wien-Vorstandssitzung

IV-Wien-Präsident Pochtler mit Bundesminister Kocher (l.)

Studie: Start-ups als Motor für die Technologiemetropole Wien stärken

Gemeinsam mit der Innovationsberatung „Pioneers“ hat die IV-Wien untersucht, welche Rolle Start-ups und Scale-ups spielen können, um Wien in Zukunft noch weiter als „Technologiemetropole“ zu stärken, und wo die Stadt hier aktuell im Vergleich zu anderen Hotspots steht.

Start-ups und Scale-ups sind Innovationstreiber und wichtige Akteure im Hightech-Ökosystem einer Stadt. So weit, so evident. Aber welche Rahmenbedingungen brauchen junge Hightech-Unternehmen, um zu wachsen und Wertschöpfung zu generieren? Und was können die öffentliche Hand und etablierte Unternehmen dazu beitragen?

Best Practices

Diesen Fragen widmet sich die neue Studie „Hightech Hub Wien: Mit Start-ups und Scale-ups zur Weltspitze“, die von IV-Wien und Pioneers erarbeitet wurde und einen neuen Ansatz zur Untersuchung dieser Thematik gewählt hat. „Das Innovative an der Studie ist, dass Wien entlang mehrerer Dimensionen mit drei anderen europäischen Hotspots aus seiner Peer-Group – München, Zürich und Amsterdam – verglichen wurde; außerdem stehen die Ergebnisse auf einem besonders breiten methodischen Fundament, da wir sowohl eine europaweite Start-up-Umfrage mit 470 Teilnehmern als auch 35 Experteninterviews in den vier Vergleichsstädten durchgeführt haben“, erklärt Studienautor Oliver Csendes.

Auf Basis der erhobenen Daten konnten Best Practices für die vier Städte identifiziert werden. Amsterdam zeichnet sich etwa durch eine langfristige Start-up-Strategie („Start-up Amsterdam“) und eine klare Positionierung („StartupDelta“) aus, während Zürich einen gezielten Fokus auf Hightech setzt und besondere Erfolge in der Aktivierung von privatem Risikokapital vorweisen kann. München

Fotos: BKA/Dunker

wiederum ist beim Thema Hightech-Start-ups und -Scale-ups besonders gut positioniert, was insbesondere an der gelungenen Kooperation von Industrie und Universitäten – mit Unterstützung der öffentlichen Hand – zur Förderung von Unternehmertum liegt. Eine Vorzeigeinitiative in dieser Hinsicht ist das Innovations- und Gründerzentrum „UnternehmerTUM", das als gemeinsame Initiative der TU München und der deutschen Unternehmerin Susanne Klatten betrieben wird.

Wien als attraktiver Standort

Wien hat als Standort für Hightech-Start-ups und Scale-ups laut der Studie ebenfalls gute Voraussetzungen. Als größte Studentenstadt im deutschsprachigen Raum gibt es vor allem einen großen Pool an Talenten. Die herausragende Lebensqualität Wiens macht die Stadt zudem als Wohnort für Gründer und Schlüsselkräfte attraktiv. Zugleich wird in Wien schon jetzt vergleichsweise viel in Forschung und Entwicklung investiert. Dennoch gelingt es bei uns noch nicht ganz, das vorhandene Potenzial – in Form marktfähiger Lösungen und skalierbarer Unternehmen – voll zu realisieren.

Die Stadt hat jedoch das Thema Start-ups und Scale-ups als wesentlichen Standortfaktor erkannt und setzt gezielt Maßnahmen zur Stärkung des Ökosystems. Eine zentrale Rolle spielt dabei die Wirtschaftsagentur Wien. „Neben konkreten Unterstützungsangeboten für Start-ups haben wir zuletzt mit dem internationalen Start-up-Festival ViennaUP´21 das bis dato größte Start-up-Event Europas in diesem Jahr realisiert. Mit 25.000 Teilnahmen und mehr als zehn Millionen erreichten Menschen wurden in der globalen Positionierung der Stadt als Wirtschaftsstandort neue Maßstäbe gesetzt", so Gerhard Hirczi, Geschäftsführer der Wirtschaftsagentur Wien.

Schritt zur Technologiemetropole

Imagestärkende Maßnahmen wie die ViennaUP entsprechen auch einer zentralen Handlungsempfehlung der Studie: Die Stadt soll mittels eines klaren Narrativs als Hightech-Hub und Start-up/Scale-up-Metropole positioniert werden. Im Gespann mit weiteren Unterstützungsmaßnahmen, wie einer Stärkung von Hochschulen als Quellen von Hightech, kann eine solcherart fokussierte Erzählung über den Standort Wien ein wesentlicher Treiber für Hightech-Gründungen und -Ansiedlungen in Wien werden.

„Wir hoffen, mit dieser Studie und ihren Handlungsempfehlungen einen konstruktiven Beitrag zur standortpolitischen Diskussion in Wien und insbesondere zum Wien2030-Strategieprozess zu leisten", resümiert IV-Wien-Geschäftsführer Johannes Höhrhan, der sich auch darüber freuen würde, „wenn aus der Studie die ein oder andere konkrete Initiative entsteht, um Wien noch attraktiver für Hightech-Start-ups und -Scale-ups sowie dadurch Schritt für Schritt zu einer Technologiemetropole von Weltrang zu machen."

Klimaschutz mal rational

Der durch die Pandemie erstarkte Staat fühlt sich sichtlich wohl in seiner neuen Machtfülle und widmet sich mit dirigistischem Verve munter dem nächsten Thema. Doch während staatlicher Zwang in manchen Phasen der Seuchenbekämpfung alternativlos gewesen sein mag, wird er uns beim Kampf gegen den Klimawandel nicht weiterhelfen.

Kaum flaut die Corona-Krise ab, tritt die Klimapolitik wieder massiv ins Zentrum des politischen Geschehens und eine gnadenlose Salve an Maßnahmen zur vermeintlichen Bekämpfung des Treibhausgasausstoßes kommt auf uns zu. Die politisch Verantwortlichen wollen dabei scheinbar eher auf ideologisch motiviertes staatliches Mikromanagement setzen als auf positive Anreize und privaten Erfindergeist. Das Selbstvertrauen unserer Klimapolitiker in allen Ehren. Aber lässt sich in den ministerialen Glaskugeln wirklich erkennen, welcher technologische Pfad uns am ehesten zur angestrebten Klimaneutralität 2040 führt?

Das Klimaministerium hat jedenfalls schon einmal ein neues Klimaschutzgesetz in Vorbereitung, welches dieses Politikfeld zu einem guten Teil den demokratischen Entscheidungsprozessen entziehen soll. In Zukunft würden so unter anderem NGOs und Richter statt gewählter Politiker entscheiden, wie wir am besten unsere Emissionen reduzieren. Wenn die so definierten Zielsetzungen nicht erreicht werden, droht dann die Keule automatischer Steuererhöhungen. Und damit diese Regelungen auch sicher die aktuelle Regierungskonstellation überdauern, soll alles in Verfassungsrang gehievt werden, sodass eine einfache Koalitionsmehrheit in Zukunft nicht mehr für eine Gesetzesanpassung ausreicht.

So kann rationale Politik nicht funktionieren. Der Klimawandel ist eine der größten Herausforderungen unserer Zeit und er wird sich, komplex wie er ist, nur durch größtmögliche Agilität und Anpassungsfähigkeit lösen lassen. Dies gilt insbesondere, wenn wir unseren Lebensstandard weiter halten und nicht nur ökologisch, sondern auch ökonomisch und sozial nachhaltig agieren wollen.

Hintergrund des geplanten Klimaschutzgesetzes dürfte eine festgezurrte Weltanschauung sein, aus der alles politische Handeln abgeleitet werden soll. Doch Ideologie war noch nie eine gute Richtschnur für das Management existenzieller Krisen. Die Unternehmen haben dies schon lange erkannt, da sie sonst im Wettbewerb nicht überleben würden. Die Politik hat hier jedoch noch erheblichen Aufholbedarf.

Wie würde ein Unternehmer das Problem des Klimawandels angehen? Zuerst gehört ein Ziel definiert. Das ist der Politik mit der Ambition „Klimaneutralität 2040" durchaus gelungen – wenn auch die Erreichbarkeit dieses Ziels sehr fraglich ist. Im nächsten Schritt muss dann aber technologieoffen ermittelt werden, welche Wege mit welchen Milestones zur Verfügung stehen, um dem gewählten Ziel näherzukommen. Dabei darf es keine Denkverbote geben und die persönlichen Präferenzen müssen in den Hintergrund treten.

Dieser „ergebnisoffene Pragmatismus" – holistisch und evidenzbasiert – scheint mir bei den aktuellen politischen Entscheidern nicht immer in allerhöchstem Maße ausgeprägt zu sein. Darum ist es umso wichtiger, auf die Kreativität und Lösungskompetenz der Wirtschaft und Industrie zurückzugreifen. Gerade die Industrie ist beim Klimathema nicht Teil des Problems, sondern ein essenzieller Teil der Lösung. Ohne uns, unsere Innovationen und unsere Umsetzungskompetenz wird sich bis 2040 keine Klimaneutralität bewerkstelligen lassen. Die Politik sollte daher nicht durch obrigkeitliches Verbotsdenken und ideologische Zementierungsversuche Nägel über den Pfad zur Klimaneutralität streuen, sondern Leitplanken entlang des Weges setzen und Anreize schaffen, damit wir alle schnell und unbeschadet an unser gemeinsames Ziel kommen.

Ihr

Christian C. Pochtler,
Präsident der IV-Wien

DEBATTE

Teilen Sie uns Ihre Meinung mit –
via E-Mail an: **debatte@iv.at**

Fotos: M. Ortlechner, Pioneers

„Das Innovationsherz vieler Unternehmen muss begeistert schlagen“

Univ.-Prof. Friedrich Bleicher, Vorstand des Instituts für Fertigungstechnik an der TU Wien, sprach mit den iv-positionen über „Smarte Produktion“, das innovative Umfeld in Wien und Möglichkeiten, unsere Stadt als Hightech-Produktionshub weiter zu stärken.

Univ.-Prof. Friedrich Bleicher

Die „Smarte Produktion“ ist eines der sechs Spitzenthemen im Rahmen der Wiener Wirtschafts- und Innovationsstrategie „Wien 2030“. Was versteht man unter „Smarter Produktion“ und welchen Stellenwert hat dieses Thema aktuell für Wien?

„Smarte Produktion“ verknüpft die Nutzung von Informationssystemen für die digitale, agile Abbildung von Wertschöpfungsprozessen mit einer gesteigerten Automatisierung – auch über teilautonome Funktionen – und einer Ertüchtigung der menschlichen Fähigkeiten im Produktionsprozess, etwa durch Beauskunftung oder Roboterkollaboration. Für die Steigerung von Produktivität, Effizienz und Produktqualität bieten sich damit neue Möglichkeiten und diese stellen die Basis auch für Wertschöpfung im urbanen Raum dar. Für Wien wäre dies der Anker, um die Produktion in der Stadt zu festigen – und sogar auszubauen. Dies setzt voraus, dass man Wertschöpfung im urbanen Bereich auch halten möchte.

Welche Rolle spielen in diesem Zusammenhang Projekte wie die „TU Wien Pilotfabrik“, das „Happy Lab“, das „Center for Digital Production“ oder das „EIT Manufacturing Co-Location Center“?

Wien verfügt mit den genannten Einrichtungen über ein Portfolio an Ausbildungs-, Demonstrations- und „Enabler“-Funktionen, welches im deutschsprachigen Raum – und wahrscheinlich auch darüber hinaus – einzigartig ist. Gestatten Sie mir, dass ich auch etwas mit Stolz darauf schaue, zumal vieles über die Unterstützung bzw. Initiative meines Instituts entstanden ist. Diese Einrichtungen bieten ein Netzwerk für innovative Unternehmen von Klein – und damit meine ich „micro“, also Start-ups – bis Groß, um innovative Technologien kennenzulernen, diese hinsichtlich der Bedeutung für die eigenen Anforderungen auszutesten, Mitarbeiter zu schulen und letztlich sogar Innovationsprojekte in internationalen Kooperationen – mit finanzieller Unterstützung etwa über das EIT Manufacturing – umzusetzen. Das Innovations- bzw. Produktions-Herz vieler Unternehmen muss begeistert zu schlagen beginnen!

Sie selbst haben am Institut für Fertigungstechnik das „TEC-Lab“ aufgebaut. Was hat Sie dazu bewogen und was wollen Sie mit dieser Einrichtung erreichen?

Das TEC-Lab des Institutes zählt mit der mittlerweile gegebenen Ausstattung und den Kompetenzen im Team wohl zum Kreis der international führenden Forschungseinrichtungen auf akademischem Niveau. Ich lade immer wieder gerne interessierte Unternehmen ein, sich ein Bild von diesen Möglichkeiten zu verschaffen. Die Ausstattung reicht von additiven und subtraktiven Prozessen sowie neusten Automatisierungslösungen für Fertigungseinrichtungen über die präziseste und schnellste Bearbeitungsmaschinentechnik für die Zerspanung und Möglichkeiten komplexe Werkstücke herzustellen bis hin zur genauesten Koordinatenmesstechnik. Wir können den Unternehmen damit von der Modellbildung bis zum Machbarkeitsnachweis über experimentelle Untersuchungen und letztlich bis hin zur Anwendungsüberleitung in Innovationsthemen helfen. Jüngst konnten wir eine Technologielösung zu zehnfacher Produktivität und ähnlicher Steigerung der Werkzeugstandzeit führen. Diese Technologie läuft bereits in der realen Fertigung und wird von uns weiter in der Umsetzung begleitet.

Mit der „Plattform CAM Österreich“ haben Sie unlängst eine weitere Initiative gestartet. Worum geht es dabei?

Im Zusammenhang mit der Digitalisierung und unseren Kontakten zu einer Reihe von Unternehmen haben wir festgestellt, dass der technologische Status im Bereich der CAM-Technologie ganz unterschiedlich ausgebaut ist. Die CAM-Funktion dient jedoch zur Abbildung der Fertigungsumsetzung, der Fertigungsfolge und damit der resultierenden Effizienz, Qualität und Durchlaufzeit. Diese bedeutende Funktion entsteht durch eine datentechnische Koppelung mit Informationssystemen, wie der Werkzeugverwaltung, der Werkzeugvoreinstellung, der Fertigungsleittechnik, dem ERP-System und letztlich der Maschine, gegebenenfalls auch zu Schnittdaten-Informationen aus Datenbanken. Sie sehen, welche zentrale Stellung das CAM-System einnimmt – und hier sprechen wir noch gar nicht von der Systemfunktion selbst. Diesem Thema haben wir uns am IFT nun mit einer Arbeitsgruppe verschrieben, wo mittlerweile auf sehr hohem technischem Standard an technologischen Lösungen für unsere Projektpartner gearbeitet wird. Beispielsweise sei die Automatisierung der NC-Programmierung über PMI-Funktionen genannt oder auch die Funktion des CAM im additiven Prozessanwendungsspektrum. Diese Aktivitäten wollen wir breiter ausrollen, weiteren Unternehmen zugänglich machen und mit Best Practice-Erfahrungen auch den Unternehmen fachliche „Leitplanken“ für die eigene Entwicklung des Themas anbieten.

Was kann die Politik tun, was die Industrie, um Wien noch stärker zu einem Hub für „Smarte Produktion“ zu machen?

Das Ziel wäre es wohl, etwas wie das „Silicon Valley für Smarte Produktion“ – sicher in kleinerem Maßstab – zu schaffen. Damit meine ich, dass eine Art produktionstechnische Innovationskultur entsteht, dass sich ein Nährboden für innovative Unternehmen, Start-ups und Ansiedlung von großen Unternehmen bildet. Man muss hier gar nicht so weit, nämlich nach Amerika, blicken. Auch in England hat sich mit dem AMRC ein derartiger Standort gebildet. Es bedarf der richtigen Rahmenbedingungen, der Infrastruktur, des Förderrahmens und letztlich der Unternehmen, die sich hier eingliedern. Dies hat die mittelfristige ökonomische Perspektive als Grundlage und gerade hier sind die Unternehmen mit der strategischen Produkt- und Technologieausrichtung zusammen mit der Universitätslandschaft gefragt. Dies wäre dann ein funktionierendes PPP-System. Den Aufschlag werden dafür wohl die Politik und die Forschung machen müssen, um die Keimzelle für die Unternehmensaktivität zu bilden. Wie schon oben erwähnt, viele Elemente für diese Rahmenbedingungen wären gegeben. Ein erster Schritt wäre zum Beispiel leistbarer Baugrund für Unternehmensansiedlungen im Umfeld der Innovationseinrichtungen. Dann bin ich überzeugt, dass das Innovationsthema rasch in Fahrt kommt und flügge wird. Andere zeigen es vor.

Fotos: TU Wien/IFT; AdobeStock